

Kunst und Kultur brauchen Solidarität

Online: am 24. März 2021

Speaker: Kurt Brazda (EU XXL FILM / Interface film)
Johannes Studinger (Head of Department, UNI MEI)
Elisabeth Sjaastad (Head of Filmforbundet, Norwegen)
Karan O Loughlin (SIPTU Divisional Organiser and UNI MEI Vice President, Irland)
Christian Meidlinger (Vorsitzender der Youunion_Die Daseinsgewerkschaft)
Korinna Schumann (ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende)
Gloria Gruber (Referentin Abteilung Sozialpolitik in der AK Wien)

Moderation: Zora Bachmann (Leitung Interface Film)

Die Corona-Krise zeigt uns deutlich, wie schnell Sparten und Branchen von der Politik außer Acht gelassen werden, wenn sie nicht geschlossen und solidarisch auftreten. Die Veranstaltung „Kunst und Kultur brauchen Solidarität!“ ging der Frage nach, wie Kunst und Kulturschaffende mittels gewerkschaftlicher Strukturen die Aufmerksamkeit der Politik auf ihre soziale Situation lenken können und damit auch die Verhandlungsmacht erhalten,

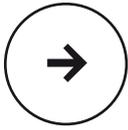
um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ziel der Diskussion war es, die unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Situationen für Kunst und Kulturschaffende, vor allem für Filmschaffende, im europäischen Vergleich zu beleuchten und aufzuzeigen, wie die gewerkschaftlichen Vertretungen in anderen Ländern und auf EU-Ebene funktionieren, um damit jeweils Anregungen für das eigene Land zu generieren.



Kurt Brazda

(Kameramann, Regisseur, Vorsitzender des Working Conditions Committee von IMAGO- International Federation of Cinematographers und Obfrau-Stellvertreter bei EU-XXL Film)

- Kultur und Kreativsektor hatte 2019 einen Jahresumsatz von 643 Milliarden Euro, das einen Anteil in Höhe von 4,4 Prozent der gesamten europäischen Wirtschaftsleistung entsprochen habe.
- Künstler*innen ermöglichen Arbeitsplätze für unzählige Menschen und damit ein regelmäßiges Einkommen
- Künstler*innen müssen eine starke politische Position einnehmen, um ein sicheres Einkommen zu sichern, da das Prekariat nach wie vor die Branche regiert.
- Wichtig ist es, dass Künstler*innen eine solidarische Haltung entwickeln, um ihre Interessen politisch umsetzen zu können. Dies ist nur mit der Unterstützung einer starken und geschlossenen Gewerkschaft möglich.



Johannes Studinger

(Head of Department, UNI MEI)

Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen in Zeiten von COVID-19 – Beispiele aus der gewerkschaftlichen Organisation

- **„Business not as usual“**
– durch die Krise ausgelöste Gewerkschaftsarbeit:
 - Arbeitswege wurden gesucht, um kurz- mittel- und langfristige Effekte der Krise abzufedern.
 - Vor allem freie Mitarbeiter*innen und insbesondere solo-Selbstständige sind davon betroffen, weil sie keinen Zugang zu Hilfsfonds und finanziellen Fonds oder rückwirkenden Fonds haben. Deswegen war es für die Gewerkschaften vor allem wichtig, wie man Mitglieder und nicht Mitglieder am besten absichern kann und wie man auf die Politik und Arbeitgeber*innen einwirken kann.
 - Beispiel Frankreich: Freie Mitarbeiter*innen, Kulturschaffende, wollen eine bessere Unterstützung für eine soziale Absicherung im Kulturbereich. Die Gewerkschaft CGT hatten als erste das Theater Odeon besetzt, da Jean Castex die ganzen Kulturstätten geschlossen hält. Sie verlangen von ihm eine Öffnung der Theater. Außerdem sollten bis dahin die Überbrückungshilfen verlängert werden. Durch die Demonstrationen und Besetzungen (mittlerweile sind es an die 60 Theaterhäuser) haben sie Aufmerksamkeit für die prekäre Situation der Kunst- und Kulturschaffenden generiert und ein Dialog mit der Politik ausgelöst. Die Freie Mitarbeiter*innen sollten über das ganze Jahr abgesichert werden, vor allem die, die nicht angestellt sein konnten.
 - Beispiel Vereinigtes Königreich: Die Head of Departments der Filmberufssparten wurden eingebunden, um Sicherheitsprotokolle zu entwerfen, damit die Produktionen schneller starten konnten. Mithilfe ihrer Expertise gab es Verhandlungen mit der Regierung und gemeinsam mit Arbeitgeber*innen wurden die Protokolle etabliert.
- **„Business as usual“**
– Gewerkschaftsarbeit, die es vor der Pandemie gab und fortgeführt wird:
 - Kollektivverhandlungen werden durchgeführt – und Vergütungsverträge werden abgeschlossen
 - WICHTIG: Die Verhandlungen vor Corona zu z.B.: „Diskriminierung am Arbeitsplatz“ nicht stoppen. Nicht nur COVID-19 Krisenbewältigung sollte durchgeführt werden.
- **„Neue Perspektiven schaffen“**
 - Die Krise bringt auch neue Möglichkeiten: Es gab vor der Krise keine Nennung von „Kollektivverträge als Mittel für eine faire Vergütung“ aber wegen den prekären Arbeitsverhältnissen, vor allem bei den Selbstständigen und Die europäische Kommission hat eine Initiative gestartet: Die zielt darauf ab, den Anwendungsbereich des EU-Wettbewerbsrechts zu definieren, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge zu ermöglichen - nicht nur für Arbeitnehmer*innen, sondern unter bestimmten Umständen auch für Solo-Selbstständige.



Elisabeth Sjaastad

(Head of Filmforbundet, Norwegen)

- Die Mitglieder von Filmforbundet generieren sind aus der Filmcrew mit mittlerweile 1200 Mitgliedern. Die meisten sind selbstständig – das heißt, um bessere soziale Absicherungen beanspruchen zu können wird ihnen empfohlen **Teilzeit angestellt zu sein**.
- Der Produzentenverband in Norwegen bildete eine Allianz mit dem zweitgrößten Arbeitnehmer*innen Verband. Somit haben sich die Kollektivvertragsverhandlungen verändert und wurden Verhandlungen auch mit anderen Arbeitsbranchen durchgeführt – ob es normale Büroangestellte oder Krankenpfleger*innen waren. Bei jährlichen Verhandlungen wurde mit den Arbeitgebern nach Lösungen gesucht, andernfalls gab es staatliche Mediationen und wenn es da zu keiner Übereinstimmung kam, wurde gestreikt.
- 2010 hat Filmforbundet gestreikt. Die damals neuen Mitglieder vom Fernsehen hatten keinen einheitlichen Kollektivvertrag. Das Resultat des Streiks war ein verbesserter Kollektivvertrag für TV Entertainment in Norwegen.
- TV-Drama Mitarbeiter*innen wollten 2018 einen eigenen Kollektivvertrag. Es kam zu einem Streik, mit der Forderung eines Mindestlohns für TV-Drama. Daraus sind viele Umfragen und Daten entstanden. Im September 2020 wurde endlich ein Mindestlohn für TV-Drama ausverhandelt.
- Durch den **Streik und die Verhandlungen** wurden die Anforderungen durchgesetzt. Alle Teilnehmer*innen des Streiks waren **angestellt** – damit es über legalen Wegen stattfinden konnte.
- **Gewerkschaftsarbeit von Filmforbundet:** Verschiedenste Kollektivvertragsverhandlungen, die jedes zweite Jahr grundlegend durchgeführt werden und jedes andere zweites Jahr werden diese an das Gehaltsniveau angepasst. Diese Verhandlungen wurden ein Leitfaden für andere Sektoren und deren Verhandlungen.
- **Rights assignment contract:** Der schwedischen Theaterverbund „Teaterförbundet“, der gleichzeitig eine Gewerkschaft und eine Verwertungsgesellschaft ist, wurde ein Beispiel für den jetzigen norwegischen Verbund. Die Mitglieder*innen übergaben ihre Rechte an Filmforbundet, damit haben sie Mitspracherecht bei den Produzent*innen und den Sendern bei Verhandlungen erlangt.

Seite

3 / 5



Karan O Loughlin

(SIPTU Divisional Organiser and UNI MEI Vice President, Irland)

- Arts and Culture Sector: Die irische Filmindustrie hatte 2013 in dem Sektor Kunst und Kultur der SIPTU keine eigenen Kollektivverträge- die Union hat die Filmcrew zusammengetan, um gemeinsam eine starke Gewerkschaft zu bilden. Verschiedene Filmabteilungen haben jeweils einen Vorsitzenden erwählt, der sie vertritt und eine Kommission gebildet, um mit den Angestellten eine Verhandlung aufzustellen. Die Produzent*innen arbeiteten mit den Angestellten für einen neuen Kollektivvertrag zusammen.

- Irland ist von den einkommenden Produktionen aus dem Ausland wirtschaftlich abhängig, und diese wiederum verlangen, dass es Kollektivvertragsabkommen gibt, damit keine Beschwerden eingehen.
- Die **verhandelten Konditionen die im Kollektivvertrag stehen:**
Das Gehalt der nächsten 3 Jahre und ein Mindestlohn steht fest, auch Feiertage, Pension, Reisekosten, Nachtarbeit, Überstunden sind festgelegt.
Alle 2 Jahre trifft man sich, um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu ermöglichen und eine stabile Branche beizubehalten.
- **Zusammenarbeit mit anderen Organisationen ist wichtig!**
Die Gewerkschaft in Irland hat mit Screenskills Irland, eine staatliche Organisation, die Training für Filmschaffende anbietet, eine Kooperation geschlossen. Die Zusammenarbeit hat Screenskills und Filmemacher*innen näher zusammengebracht. Screenskills sollte somit einen besseren Einfluss auf die Branche haben und hat mit dem „Irish Filmboard“ kooperiert. Das „Irish Filmboard“ ist die nationale Entwicklungsagentur für irische Filme und Animationen. Es unterstützt und fördert die Entwicklungen und Produktionen von irischen Filmen und Fernsehen, indem es irische Talente für Produktionen fördert, das Publikum erweitert und Filmemacher und Investitionen für das Land generiert. Ihnen wurden bei der Zusammenarbeit die Schwierigkeiten der Filmindustrie nähergebracht. Außerdem gingen sie mit Vertretern der Regierung der Frage des Steueranreizes für Filmproduktionen nach. Das Ergebnis der Zusammenarbeit war: Wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Mitarbeiter*innen und den Produzent*innen kommt, erhalten die Produzent*innen nichts von dem letzten Anteil der Steuerbegünstigung, es sei denn, sie finden gemeinsam eine Lösung.
- Damit alle Konditionen eingehalten werden, gibt es eine Gruppe von Mitgliedern, die dafür verantwortlich ist, die Abmachungen zu überwachen, um den Mitgliedern der Gewerkschaft Beständigkeit zu bieten.

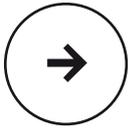


Christian Meidlinger

(Vorsitzender der Younion_Die Daseinsgewerkschaft)

Forderungen und Gewerkschaftsarbeit der Younion im Kunst- und Kulturbereich:

- Beschäftigungsverhältnisse sollten verbessert werden, das sind die Themengebiete, die auch vor der Pandemie Probleme dargestellt haben:
Löhne, Rahmenbedingungen, Arbeitsbedingungen wie zum Beispiel Unterstützung der Frauen am Filmset (bisher gibt es keine Unterstützung bei der Kinderbetreuung). Die Forderungen wären 2% des BIP's für das Kulturbudget. In Wien sind es mittlerweile 1,72%, die für das Kulturbudget angedacht sind.
- Mindestgagenkatalog-Verhandlungen: Wie hoch sollte das Brutto Einkommen sein um ein ausreichendes Netto Einkommen zu haben? Selbstständige sollten für ihre Gagen eine Richtlinie haben. Außerdem sollten die öffentlichen Subventionen auf diese Standards angepasst werden.



Korinna Schumann

(ÖGB-Vizepräsidentin und –Frauenvorsitzende)

Das Statement-Video der ÖGB Vizepräsidentin Korinna Schumann findet man unter → schnittstelle-film.com



Gloria Gruber

(Referentin Abteilung Sozialpolitik in der AK Wien)

- **Aktuelle prekäre Arbeitsbedingungen der Selbstständigen**

Ungleichheiten wurden durch die Corona Krise verschärft, wie die prekären Arbeitsverhältnisse im Kunst- und Kulturbereich. Die Rettungspakete wurden geschnürt und außerdem gibt es nicht genügend soziale Absicherungen in der Pandemie. Währenddessen haben die Sozialpartner*innen Kurzarbeit ausgehandelt. Das Problem ist aber, dass die selbstständigen Kunst- und Kulturschaffende keinen Anspruch auf Kurzarbeit haben. Viele Selbstständige und Solo-Selbstständige haben somit keine sozialen Absicherungen in der Krise.

AK Wien setzt sich hauptsächlich für Arbeitnehmer*innen ein aber auch für Solo-Selbstständige, die nebenbei auch angestellt sind - das hat viele Ähnlichkeiten mit der Plattformarbeit, mit der sich die AK Wien viel beschäftigt. Mit Plattformarbeit ist „bezahlte Arbeit, die über Online-Plattformen verwaltet wird“ gemeint, wie Essenszustellung, Fahrdienstleistungen, Kreativschaffende uvm. In der Plattformarbeit aber auch in der Kunst- und Kulturszene gibt es die Scheinselbstständigkeit: Das sind Selbstständige, die aber Merkmale einer nicht-Selbstständigkeit aufweisen: Fixe Arbeitszeiten oder Pflichtaufträge, die angenommen werden müssen. Sie haben kein Arbeits- und Sozialrecht und sind sozial unzureichend gesichert.

Mehr Informationen dazu findet man unter
→ Plattformarbeit auf EU-Ebene | Arbeiterkammer Wien:
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitdigital/EinEuropafuerdasdigitaleZeitalter/Plattformarbeit_auf_EU-Ebene.html

- **Eine aktuelle Initiative der EU-Kommission zu Tarifverhandlungen für Selbstständige:**

Öffentliche Konsultation zu Tarifverhandlungen für Selbstständige, Anwendungsbereich EU-Wettbewerbsregeln:

Diese Initiative zielt darauf ab, den Anwendungsbereich des EU-Wettbewerbsrechts zu definieren, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverhandlungen zu ermöglichen - nicht nur für Arbeitnehmer*innen, sondern unter bestimmten Umständen auch für Solo-Selbstständige.

Teilnahme/Rückmeldung –
öffentliche Konsultation bis 28.Mai 2021 unter:
→ <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12483-Collective-bargaining-agreements-for-self-employed-scope-of-application-EU-competition-rules>